



KONTAKT

Martin Brüning

Kommunikation, Projektmanagement

+49 (0) 30 / 72 62 07 - 111

NEUE STUDIE

Marktwirtschaftsstatus China: Risiko für zehntausende Industriejobs

Industriebündnis AEGIS stellt Studienergebnisse in Brüssel vor

18.09.2015

Eine Vergabe des Marktwirtschaftsstatus an China könnte in der deutschen Industrie zehntausende Arbeitsplätze gefährden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des unabhängigen Economic Policy Institute (EPI) aus Washington im Auftrag der europäischen Industriallianz AEGIS. Demnach wäre in den nächsten fünf Jahren bis zu 80.000 Stellen in der europäischen Aluminiumindustrie bedroht, in der metallverarbeitenden Halbzeugindustrie wären es über 100.000 Arbeitsplätze. China fordert von der EU, handelsrechtlich als Marktwirtschaft behandelt zu werden.

Befürchtungen der WVM zufolge könnte es einen massiven Zuwachs beim Import von chinesischen Dumping-Produkten auf dem deutschen Markt geben. Diese Umverteilungseffekte könnten massive ökonomische Folgen für die Nichteisen-Metallindustrie haben.

In Europa sehen die Autoren der Studie, Robert E. Scott und Xiao, zwischen 1,7 und 3,5 Millionen Industriearbeitsplätze gefährdet. Hintergrund sei unter anderem eine massive Zunahme chinesischer Billig-Importe in die EU.

Die EPI-Studie wurde heute in Brüssel von der Initiative AEGIS Europe vorgestellt. Das Bündnis vereint 30 europäische Industrieverbände, die sich für fairen Wettbewerb, Investitionen und Jobs in der EU einsetzen. Die von AEGIS vertretenen Unternehmen befürchten massiv ansteigendes Dumping aus China, wenn die EU China handelsrechtlich zur Marktwirtschaft umdefiniert. China fordert dies seit langem, erfüllt aber nicht die internationalen Kriterien für eine Marktwirtschaft.